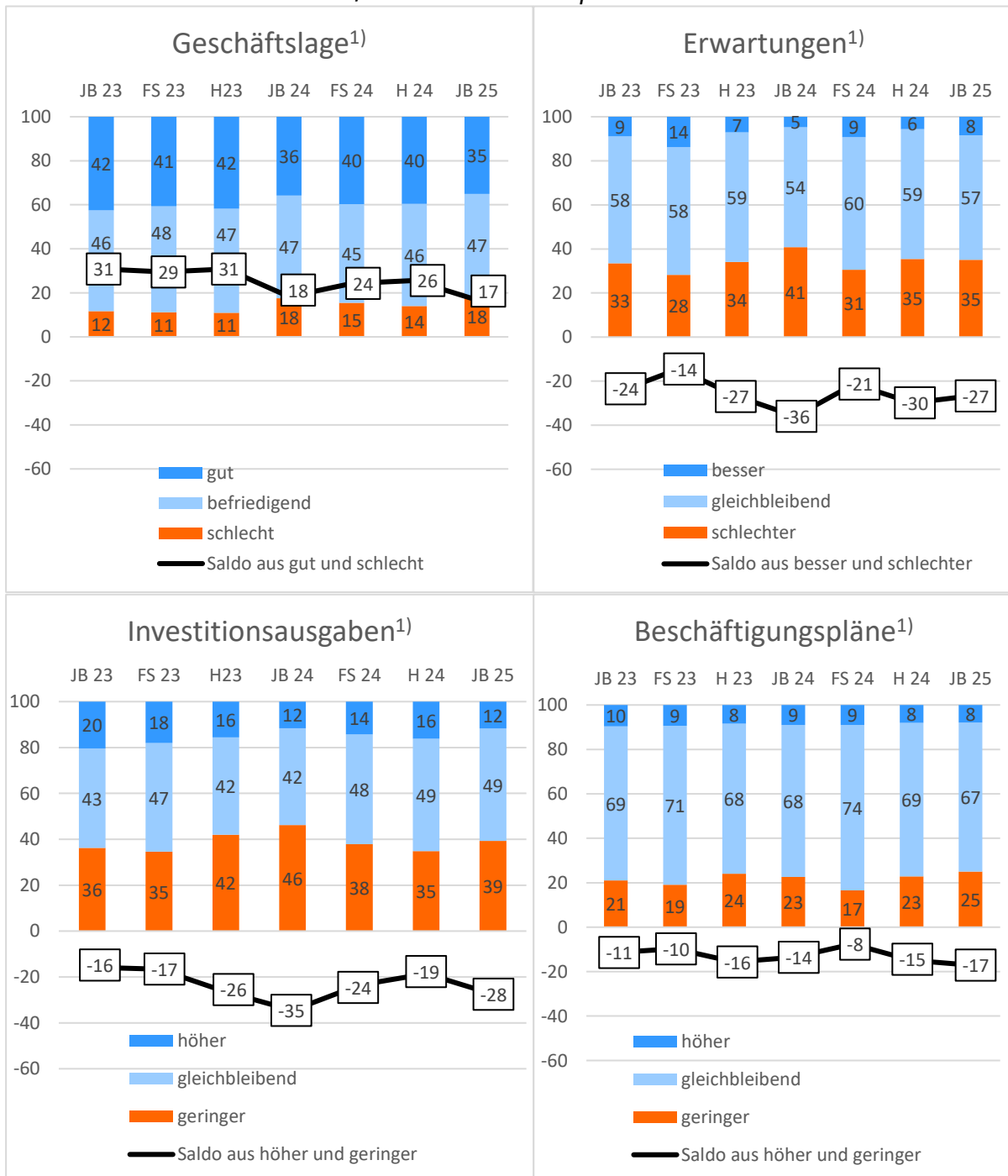


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Jahresbeginn 2025

Urteil der Unternehmen in %, Salden in Prozentpunkten



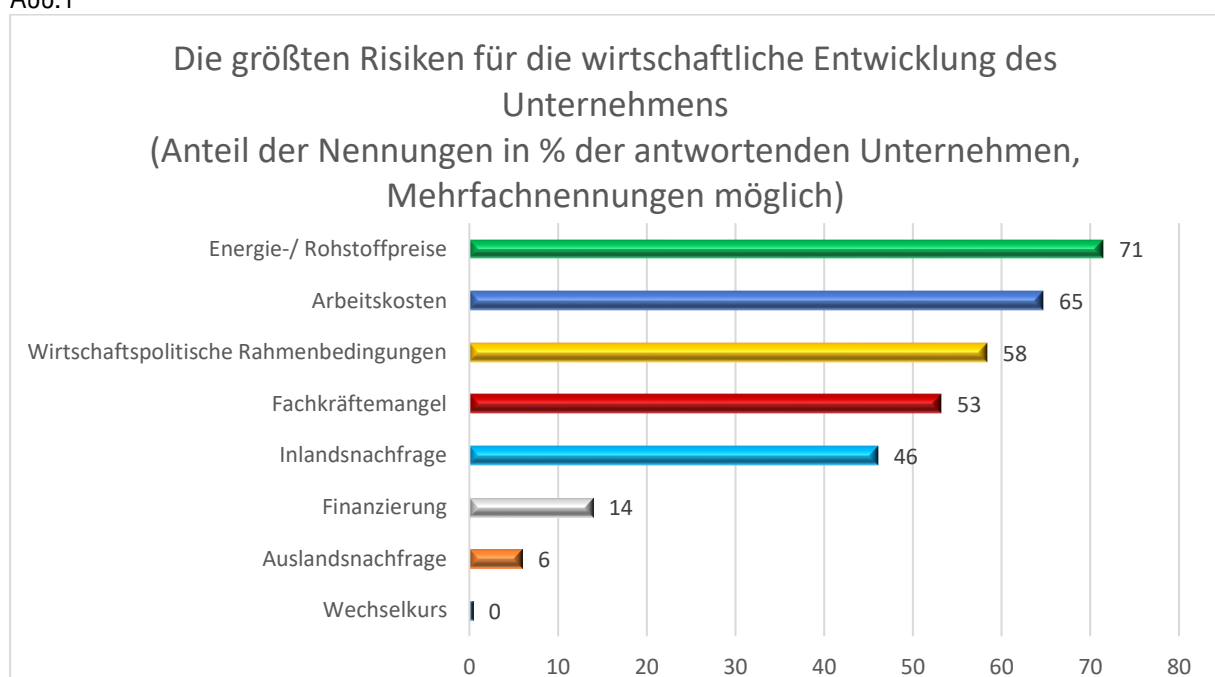
¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Wirtschaft steckt in der Stagnation fest

Für die aktuelle Konjunkturumfrage (JB 25) wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 16. Dezember 2024 bis 17. Januar 2025 befragt.¹ Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich im Vergleich zur Vorumfrage vom Herbst 2024 (H 24) verschlechtert. Da mehr Unternehmen von einer schlechten Wirtschaftslage und weniger Unternehmen von einer guten Wirtschaftslage sprechen, ist der Wirtschaftslagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“ und „schlecht“ Meldungen) von 26 auf 17 Prozentpunkte gefallen. Die Gewinnlage der Unternehmen hat sich verschlechtert. 33 % (H 24: 26 %) der Unternehmen ihre Gewinnlage als „schlecht“. Immer mehr Unternehmen bereitet inzwischen auch die Auftragslage Sorgen. Der Anteil von Unternehmen, die ihre Auftragslage als schlecht beurteilen ist von 15 auf 22 Prozent gestiegen und weniger Unternehmen sind mit ihrer Auftragslage zufrieden, so dass der Auftragslagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile der positiven und negativen Meldungen zur Auftragslage) von 22 auf 9 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Die ungünstige Wirtschaftslage wirkt sich negativ auf ihre Finanzlage aus. Mehr Unternehmen als noch im Herbst klagen über Liquiditätsengpässe und Eigenkapitalrückgang und nur noch knapp die Hälfte der Unternehmen sprechen von einer unproblematischen Finanzlage.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich gegenüber der Umfrage vom Herbst 2024 nur unwesentlich verändert (Erwartungssaldo: JB 25: -27 Prozentpunkte, H 24: -30 Prozentpunkte). Nach wie vor gibt gut jedes dritte Unternehmen an, dass es eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erwartet und nur wenige Unternehmen gehen von einer Verbesserung aus. Wie schon bei allen drei Konjunkturumfragen im vergangenen Jahr sehen die Unternehmen die Energie- und Rohstoffkosten und die Arbeitskosten als die größten Risiken für ihre Geschäftstätigkeit an, jetzt zum Jahresbeginn stehen die Energie- und Rohstoffkosten mit 71 % der Nennungen mit Abstand an der Spitze (Abb. 1). Die Arbeitskosten werden von 65 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko genannt. Mit der Erhöhung des Zusatzbeitrags für die Krankenversicherung und dem Beitragsanstieg in der Pflegeversicherung haben die Arbeitskosten unabhängig von den tariflichen Lohnsteigerungen zum Jahresbeginn 2025 nochmal zugelegt. An dritter Stelle unter den Geschäftsrisiken stehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Insbesondere in der Bürokratielast sehen die Unternehmen ein Problem.

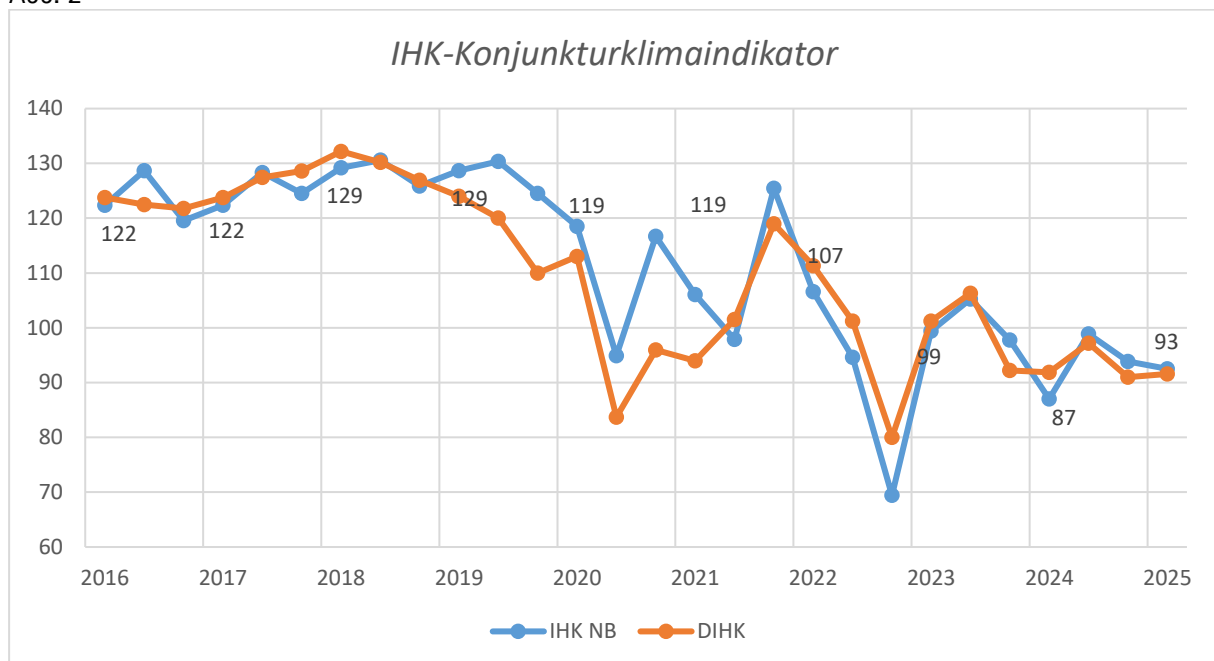
Abb.1



¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 826 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 253. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

Die verschlechterte Geschäftslage bei geringfügig besseren Erwartungen führt zu einem minimalen Rückgang des Konjunkturklimateindexes von 94 auf 93 Indexpunkte. (Abb. 2). Er liegt damit erheblich unter dem zehnjährigen Mittel von 111 Indexpunkten.

Abb. 2



Die Investitionsbereitschaft ist gegenüber der Umfrage vom Herbst 2024 stark zurückgegangen. Der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen „höher“ und „geringer“ Meldungen) hat sich von -19 Prozentpunkten im Herbst 2024 auf nun -28 Prozentpunkte verschlechtert. Hierzu werden zum einen die Unsicherheit über die politischen Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl und die geringen Erwartungen zur In- und Auslandsnachfrage in diesem Jahr beitragen. Zum anderen halten betriebliche Kennziffern wie die Auftrags- und Gewinnlage viele Unternehmen aktuell von Investitionen ab. Bei den investierenden Unternehmen wird - wie üblich - Ersatzbeschaffung am häufigsten (82 % der Nennungen) als Investitionsmotiv angegeben. Auffällig ist allerdings in welchem geringem Maß Kapazitätserweiterungen oder Produktinnovationen als Investitionsmotive zurzeit eine Rolle spielen. Gut ein Viertel der Unternehmen gibt an, Rationalisierungsinvestitionen zu planen. Angesichts hoher Arbeitskosten und oft großer Schwierigkeiten, passende Fachkräfte zu finden, überrascht dies nicht. 43 % der Unternehmen planen keine Investitionsausgaben oder solche unter 10.000 € für die kommenden 12 Monate. 30 % der Unternehmen sehen Investitionen zwischen 10.000 € und 100.000 € vor und 27 % der Unternehmen wollen über 100.000 € investieren.

Die Bereitschaft der Unternehmen zum Aufbau von Beschäftigung ist gering. Nur 8 % der Unternehmen erwarten, dass in den kommenden 12 Monaten ihre Beschäftigung steigt, 25 % gehen von rückläufigen Beschäftigtenzahlen aus. Hierfür sind einerseits die aktuell schlechte Auftragslage andererseits die hohen Arbeitskosten und der Arbeits- und Fachkräftemangel ursächlich. Die Hälfte der Unternehmen gibt an, zurzeit keinen Personalbedarf zu haben. Andererseits können 38 % der Unternehmen ihre offenen Stellen nicht besetzen.

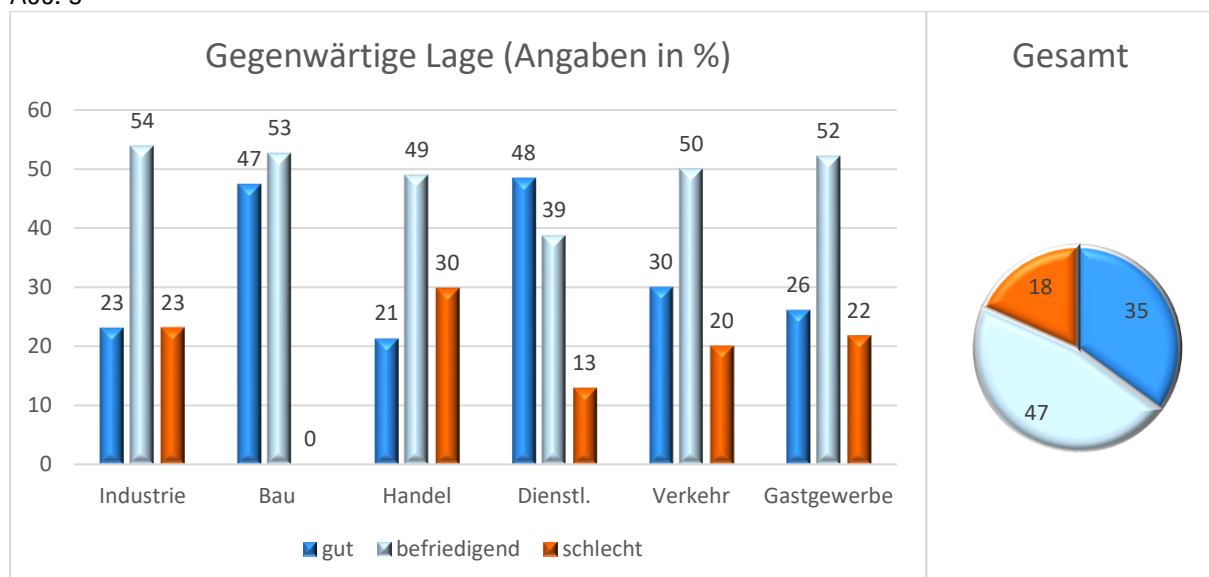
Die Entwicklung in den Branchen

Die Geschäftslage in der *Industrie* hat sich im Laufe des Jahres 2024 bis zur aktuellen Umfrage immer weiter verschlechtert. Hatte der Geschäftslagesaldo zum Jahresbeginn 2024 noch bei +24 Prozentpunkten gelegen, so beträgt er nun 0 (Abb. 3). Genauso viele Unternehmen bewerten die Geschäftslage als „gut“ wie als „schlecht“. Dafür ist vor allem die erheblich schwächere Auftragslage verantwortlich. Der

Auftragslagesaldo ist von +32 Prozentpunkte bei der Vorjahresumfrage auf nunmehr -4 Prozentpunkte gefallen. Außerdem hat sich die Gewinnlage der Unternehmen verschlechtert, der Gewinnlagesaldo beträgt nun -12 Prozentpunkte (JB 24: 8 Prozentpunkte). Knapp die Hälfte der Unternehmen bezeichnet ihre Finanzlage als unproblematisch, 28 % klagen über Eigenkapitalrückgang und 24 % über einen erschwerten Fremdkapitalzugang. Angesichts der schlechten Lage erwarten weniger Unternehmen als bei der Vorumfrage eine weitere Verschlechterung, sondern eher eine gleichbleibende Entwicklung. Der Erwartungssaldo steigt auf -4 Prozentpunkte (H 24: -18 Prozentpunkte) (Abb. 4). Die Unternehmen, deren Geschäfte gut gehen, sehen vor allem im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko. Die Unternehmen, die aufgrund einer schlechten Auftrags- und/oder Gewinnlage ihre wirtschaftliche Lage als "schlecht" beurteilen, sehen sich einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, insbesondere durch die Energie- und Rohstoffkosten, Arbeitskosten und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Außerdem fürchten sie, dass durch mangelnde in- und ausländische Nachfrage, Finanzierungsschwierigkeiten oder Fachkräftemangel weitere Risiken für ihre Geschäftstätigkeit entstehen. Insgesamt sind die Investitionsbereitschaft und die Höhe der geplanten Investitionsausgaben in der Industrie höher als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft (Abb. 5 und 6). Insbesondere die Unternehmen mit einer "guten" Wirtschaftslage planen mit höheren oder zumindest gleichbleibenden Investitionsausgaben für die kommenden 12 Monate. Sie nennen neben Ersatzbeschaffung als Investitionsmotive Rationalisierung, Produktinnovationen und Erweiterung. Die Unternehmen, die sich in einer "schlechten" wirtschaftlichen Lage sehen und keine Besserung für die kommenden 12 Monate erwarten, planen mit niedrigeren Investitionsausgaben. Da bei ihnen von den Arbeitskosten hohe Risiken ausgehen, konzentrieren sie ihre Investitionstätigkeit neben Ersatzbeschaffung auf Rationalisierung. Die Beschäftigung in der Industrie wird sich rückläufig entwickeln, der Beschäftigungssaldo liegt mit -12 Prozentpunkten deutlich im negativen Bereich, wobei besonders die Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Lage als schwierig bewerten, von einer sinkenden Beschäftigung im Unternehmen ausgehen (Abb. 7).

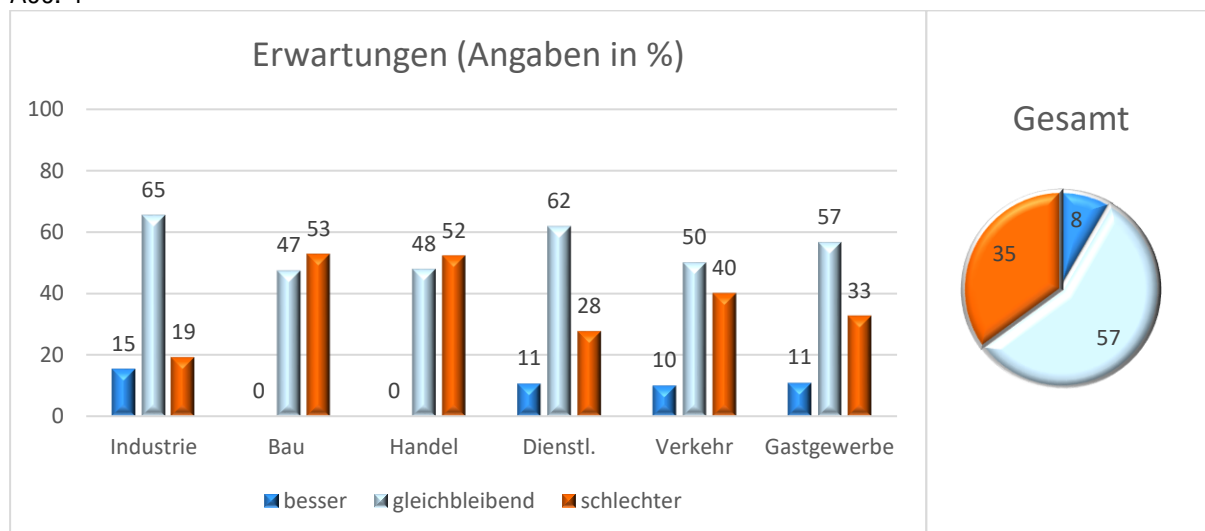
Bei der aktuellen Umfrage hat die Hälfte der Industrieunternehmen angegeben, dass sie ins Ausland liefert. Unter ihnen gehen mehr von steigenden als von sinkenden Exporten aus. Nur wenige der antwortenden Industrieunternehmen planen für das Jahr 2025 Auslandsinvestitionen. Sie investieren zum großen Teil in der Europäischen Union, Schweiz, Norwegen oder dem Vereinigten Königreich. Das wichtigste Motiv für die Auslandsinvestitionen ist der Aufbau eines Vertriebs oder Kundendienstes im Ausland.

Abb. 3



In der Bauwirtschaft wird die Wirtschaftslage besser beurteilt als in den anderen Branchen der gewerblichen Wirtschaft. Hinter der positiven Einschätzung stehen allerdings vor allem Tiefbauunternehmen (inkl. Ingenieurbau). Die Auftrags- und die Gewinnlage wird als „gut“ oder „befriedigend“, die Finanzlage als unproblematisch bezeichnet. Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind aber pessimistisch. Das größte Risiko für ihre Geschäftstätigkeit sehen die Unternehmen im Fachkräftemangel. Mehr als die Hälfte der Unternehmen kann aktuell offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Beschäftigung in der Branche 2025 zurückgehen wird. An zweiter Stelle unter den Risiken stehen die Kostenrisiken: einerseits die Arbeits-, andererseits die Energie- und Rohstoffkosten. Gut die Hälfte der Unternehmen bewertet die inländische Nachfrage als Risiko. Die pessimistischen Erwartungen bremsen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Kaum ein Unternehmen will in den kommenden 12 Monaten seine Investitionsausgaben steigern. Bei etwa drei Vierteln der Unternehmen werden die Investitionsausgaben unter 100.000 € liegen. Die Investitionen dienen fast ausschließlich der Ersatzbeschaffung.

Abb. 4



Im Handel wird die Geschäftslage nun schon seit der Umfrage zum Jahresbeginn 2024 überwiegend negativ eingeschätzt. Bei der aktuellen Umfrage beläuft sich der Lagesaldo auf -9 Prozentpunkte (H 24: -5 Prozentpunkte, JB 24: -7 Prozentpunkte). Dabei beurteilen die Großhandelsunternehmen die wirtschaftliche Lage schlechter als der Einzelhandel. Der Großhandel leidet unter einer ungünstigeren Gewinnsituation und beurteilt auch seine Auftragslage negativer. Der Erwartungssaldo der Handelsunternehmen (- 52 Prozentpunkte) hat sich gegenüber der Umfrage vom Herbst verschlechtert und liegt nun auf ähnlichem Niveau wie bei der Vorjahresumfrage. Auch bei den Erwartungen unterscheidet sich der Groß- vom Einzelhandel. Da sich viele Großhandelsunternehmen schon in einer schlechten wirtschaftlichen Lage sehen, wird im Großhandel in geringerem Ausmaß als im Einzelhandel eine weitere Verschlechterung in den kommenden 12 Monaten erwartet. Als Risiken für ihre Geschäftstätigkeit nennen 80 % der Handelsunternehmen die Arbeitskosten, 77 % die Energie- und Rohstoffkosten, wobei diese die Einzelhändler stärker belasten als die Großhändler. An dritter Stelle unter den Geschäftsrisiken nennen die Handelsunternehmen die Inlandsnachfrage. Sie spüren die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte. Die Reallöhne sind 2024 zwar gegenüber dem Vorjahr gestiegen und der Ausgleich der Kalten Progression vermindert die steuerliche Belastung des Einkommens. Gleichzeitig reduziert der Anstieg der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zum Jahresbeginn 2025 das Nettoeinkommen. Die Konsumenten sind aber auch deshalb vorsichtig geworden, weil sie beobachten, dass sicher geglaubte Arbeitsplätze in der Wirtschaft gestrichen werden.

Die ungünstigen Erwartungen und die schlechte Gewinnsituation bremsen die Investitionsbereitschaft im Handel. Kaum ein Unternehmen plant eine Erhöhung der Investitionsausgaben während 57 % von einer Reduzierung ausgehen. Ein Drittel der Unternehmen - darunter mehr Einzel- als Großhändler - sieht für

die kommenden 12 Monate gar keine Investitionsausgaben vor, 60 % der Unternehmen veranschlagen ihre Investitionsausgaben auf unter 100.000 €. Die Investitionsausgaben dienen überwiegend der Ersatzbeschaffung. Rationalisierungsinvestitionen plant ein Viertel der Unternehmen. Hier überwiegt der Großhandel.

In den Beschäftigungsplänen spiegeln sich die unterschiedlichen Rahmenbedingungen im Einzel- und Großhandel wider. Die etwas günstigere Geschäftslage im Einzelhandel und der stärkere Fachkräftemangel veranlassen trotz negativer Erwartungen fast 70 % der Einzelhandelsunternehmen dazu, die Mitarbeiterzahl konstant zu halten. 61 % der Einzelhandelsunternehmen haben zurzeit keinen Personalbedarf, aber denjenigen, die offene Stellen haben, gelingt es nicht, sie innerhalb von 2 Monaten zu besetzen. Die schlechtere Geschäftslage im Großhandel, fehlende Aussicht auf Besserung, aber auch Rationalisierung lässt 47 % der Großhandelsunternehmen mit schrumpfenden Belegschaften planen.

Abb. 5

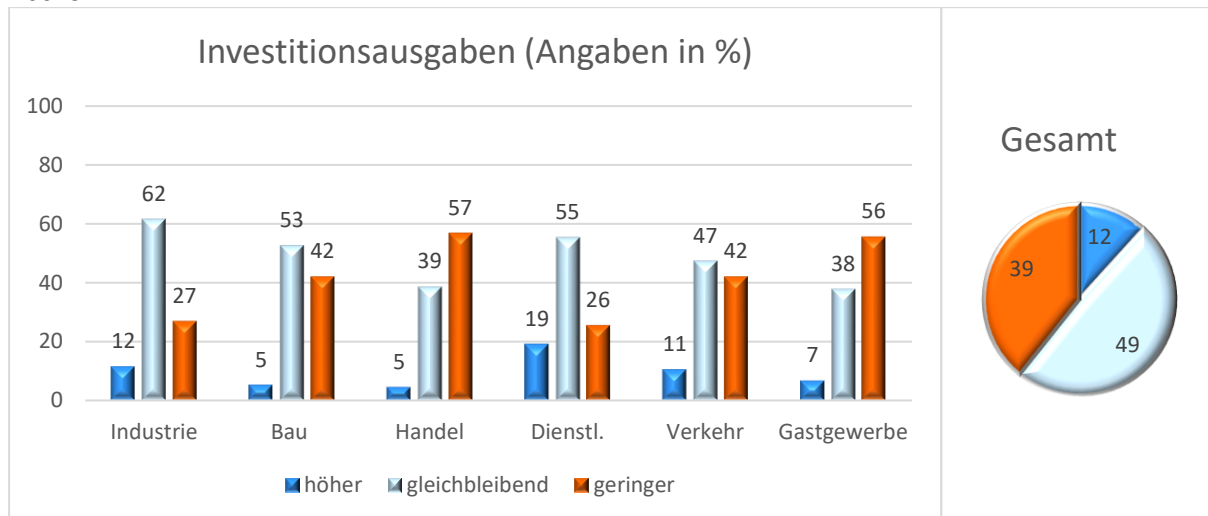
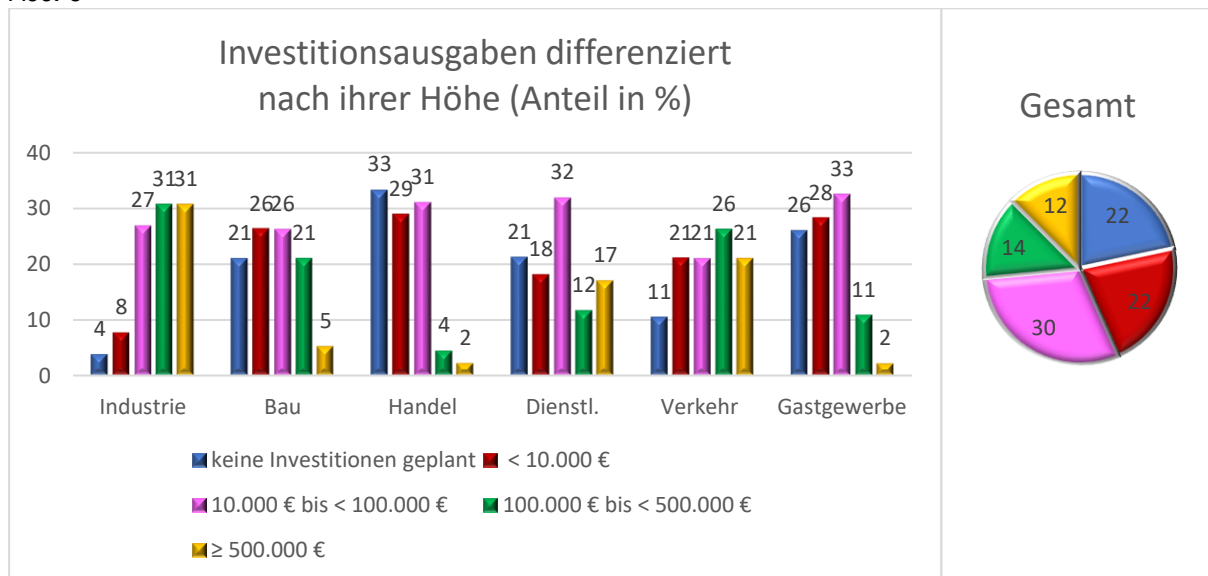


Abb. 6



Die Lage in den Dienstleistungsunternehmen hat sich zwar geringfügig verschlechtert im Vergleich zur Vorumfrage, wird aber besser bewertet als bei der Vorjahresumfrage. Die Dienstleistungsbranche beurteilt ihre Lage deutlich besser als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft und zeigt angesichts der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr große Stabilität. Besonders häufig wird die Lage von Unternehmen als „gut“ beurteilt, die ihre Dienstleistungen überwiegend privaten Haushalten anbieten, wie zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften oder -genossenschaften oder auch Banken mit einem hohen Privatkundenanteil. Sie profitieren von einer guten Gewinn- und Auftragslage. Die Finanzlage halten 61 % dieser Unternehmen für unproblematisch, ein Drittel klagt über zunehmende Forderungsausfälle. Unternehmen, die ihre Dienstleistungen überwiegend Unternehmen anbieten, sind u.a. Ingenieurbüros, Unternehmensberatungen oder IT-Dienstleister. Soweit unter ihren Kunden der Wohnungsbau und der Automobilfahrzeugbau eine größere Rolle spielen, fallen die Beurteilungen der Auftrags- und Gewinnlage schlecht aus. 57 % dieser Unternehmen halten ihre Finanzlage für unproblematisch, 29 % nennen Eigenkapitalrückgang als Problem.

Die Erwartungen der Dienstleistungsunternehmen sind abhängig von den wirtschaftlichen Erwartungen ihrer Abnehmer. Dienstleistungsunternehmen, die vor allem privaten Haushalten ihre Leistungen anbieten, profitieren davon, dass die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte noch nicht die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen erfasst. 72 % von ihnen erwarten dementsprechend eine gleichbleibende Entwicklung ihrer Geschäfte. Der Erwartungssaldo liegt bei -11 Prozentpunkten. Außerdem sehen sie in ihrer Wirtschaftstätigkeit in geringerem Maße Risiken. Die Energie- und Rohstoffpreise bewerten 56 % von ihnen als Geschäftsrisiko und genauso viele sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko. Dagegen leiden Unternehmen, die unternehmensnahe Dienstleistungen anbieten, unter Produktionsrückgängen bei ihren Abnehmern und deren anhaltender Zurückhaltung bei Investitionen. Dies wird deutlich daran, dass 60 % von ihnen in der Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen. Deshalb liegt der Anteil an Unternehmen mit gleichbleibenden Erwartungen nur bei 54 % und der Erwartungssaldo beträgt -34 Prozentpunkte. Als größtes Geschäftsrisiko sehen sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wiederum vor allem mit Blick auf ihre Abnehmer. Ein unternehmensnaher Dienstleister schreibt dementsprechend im Freitextfeld: „Geht es dem Mittelstand schlecht, geht es auch mir schlecht, da weniger investiert wird.“

Aufgrund der unterschiedlichen Erwartungen und Gewinnlage haushaltsnaher und unternehmensnaher Dienstleistungsunternehmen unterscheidet sich auch ihre Investitionsbereitschaft stark voneinander. Erstere weisen einen positiven Investitionssaldo von +19 Prozentpunkten auf und ein Drittel der Unternehmen plant Investitionsausgaben über 500.000 €. Ein Viertel der Unternehmen gibt Umweltschutz als Investitionsmotiv an. Bei den unternehmensnahen Dienstleistungen ergibt sich ein Investitionssaldo von -29 Prozentpunkten und kaum ein Unternehmen plant Investitionen über 500.000 €. Neben Ersatzbeschaffung wird von ihnen Rationalisierung am häufigsten als Investitionsmotiv genannt.

Auch wenn die Dienstleistungsbranche noch eine überdurchschnittlich gute Wirtschaftslage aufweist und ihre Entwicklung in den kommenden 12 Monaten günstiger sieht als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft, geht sie insgesamt von einer rückläufigen Beschäftigung in der Branche aus. Der Beschäftigungssaldo beträgt -9 Prozentpunkte. Vier von fünf Dienstleistungsunternehmen planen mit gleichbleibender oder steigender Mitarbeiterzahl. Darunter sind haushaltsnahe Dienstleistungsunternehmen aufgrund ihrer günstigeren Lage und ihrer positiveren Erwartungen stärker vertreten als unternehmensnahe.

Im Verkehrsgewerbe hat sich die Geschäftslage im Vergleich zu den Umfragen des Jahres 2024 deutlich verschlechtert. Nur noch 30 % (H 24: 48%) bezeichnen ihre Lage als „gut“, dagegen halten 20 % (H 24: 10 %) sie für „schlecht“. Ursächlich für die Verschlechterung ist nicht die Auftragslage. Die Unternehmen bewerten sie ähnlich wie im Jahr 2024. Die Güterverkehrsunternehmen profitieren von knappen Transportkapazitäten in der Region und den Personenverkehrsunternehmen kommt der umfangreiche Schienenersatzverkehr rund um Neubrandenburg und nun auch Waren/Müritz zu Gute. Allerdings sehen sich die Unternehmen in einer nochmal verschlechterten Gewinnsituation. 10 % (H 24: 19) der Unternehmen bewerten ihre Gewinnlage als „gut“, 35 % (H 24: 24 %) bezeichnen sie als „schlecht“. Dabei stehen die Gewinne der Personenverkehrsunternehmen besonders unter Druck. Sie können ihre gestiegenen

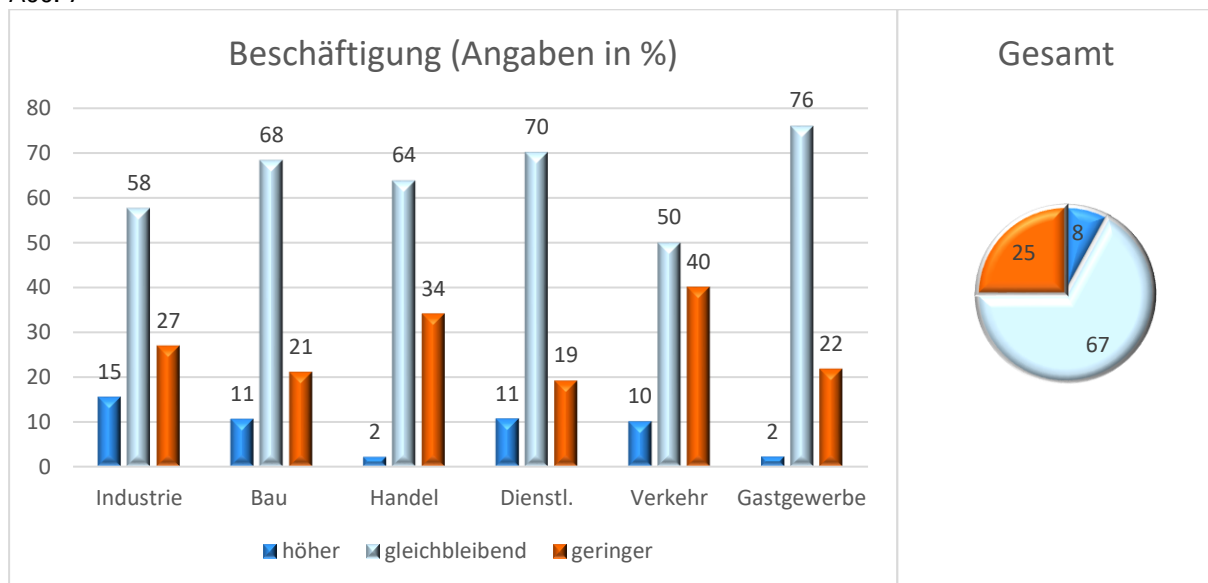
Kosten in noch geringerem Ausmaß an ihre Kunden weiterreichen als die Güterverkehrsunternehmen, u.a. durch die politischen Eingriffe in die Preisgestaltung des ÖPNV.

Die schlechte Gewinnsituation der Branche wirkt sich ungünstig auf ihre Finanzlage aus. Jedes zweite Unternehmen klagt über Eigenkapitalrückgang. Da die Anschaffung neuer Fahrzeuge hohe Investitionssummen erfordert, nennen die Verkehrsunternehmen außerdem stärker als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft die hohe Fremdkapitalbelastung und einen erschwerten Fremdkapitalzugang als Belastungen.

Die Erwartungen bleiben düster. Der Erwartungssaldo liegt bei -30 Prozentpunkten (H 24: -33 Prozentpunkte). Jeweils drei von vier Unternehmen nennen die Energie- und Rohstoffpreise einerseits und die Arbeitskosten andererseits als Geschäftsrisiken. Aufgrund der ungünstigen Eigenkapitalentwicklung, einem schwierigen Zugang zu Fremdkapital, sowie pessimistischen Erwartungen ist die Investitionsbereitschaft stark zurückgegangen. Der Investitionssaldo liegt bei -32 Prozentpunkten (H 24: - 10 Prozentpunkte). Gut vier von fünf Unternehmen tätigen Ersatzinvestitionen, andere Investitionsmotive haben nur geringe Bedeutung. Die dafür benötigten Investitionssummen sind so hoch, dass 47 % der Unternehmen mit über 100.000 € an Investitionsausgaben planen.

Inbesondere die Güterverkehrsunternehmen leiden unter einem starken Arbeitskräftemangel. Die Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen, können aktuell im Schnitt 3 Stellen längerfristig nicht besetzen. Die Güterverkehrsbranche geht daher von einem deutlichen Rückgang ihrer Beschäftigung aus. Bei den Personenbeförderern sieht es besser aus. Sie gehen davon aus, dass sie die Belegschaftsgrößen halten können.

Abb. 7



Das Gastgewerbe schätzt seine wirtschaftliche Lage schlechter ein als bei der Vorjahresumfrage. Dabei fällt das Urteil der Beherbergungsbetriebe mit einem Lagesaldo von 10 Prozentpunkten erheblich besser aus als in der Gastronomie (Lagesaldo -7 Prozentpunkte). Dieser Unterschied wird damit zusammenhängen, dass die Beherbergungsbetriebe ihre Gewinnlage nicht so problematisch sehen wie die Gastronomen. Insbesondere den Campingplätzen scheint es zu gelingen, steigende Kosten in den Preisen weiterzugeben. Der Vorbuchungsstand in der gesamten Branche lässt mit einem Saldo von -22 Prozentpunkten zu wünschen übrig. Das liegt zum einen an der allgemein zu spürenden Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte, die mit Preiserhöhungen in allen Lebensbereichen konfrontiert sind. Zum anderen stehen Inlandsreisen wieder in starker Konkurrenz zu Auslandsreisen. Die Unternehmen erwarten für das kommende Jahr keine positive Entwicklung, nur 11 % gehen von einer Verbesserung, 33 % dagegen von einer Verschlechterung ihrer Geschäfte aus. Allerdings liegt die Branche damit über ihren Erwartungen der Vorjahresumfrage. Bei der Konjunkturumfrage vom Jahresbeginn 2024 waren die Erwartungen noch negativer, weil sich die Branche aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung auf

Speisen zum 1.1.2024 große Sorgen machte. Fast 90 % der Unternehmen sehen in den Energiepreisen das größte Risiko für ihre Geschäftsentwicklung, gefolgt von den Arbeitskosten. Die Unternehmen reagieren auf den Kostendruck zum Teil mit Einschränkungen ihres Angebots und auch mit stillen Schließungen. Zum Teil wird aber auch durch Prozessoptimierung und Digitalisierung oder durch modulare Speisenangebote versucht, das Umsatz – Kostenverhältnis zu verbessern.

Die Investitionsbereitschaft im Gastgewerbe ist mit einem Investitionssaldo von -49 Prozentpunkten deutlich unter dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. 54 % der Unternehmen sehen entweder gar keine Investitionen vor oder solche bis 10.000 €. Ein Drittel plant Investitionsausgaben zwischen 10.000 € und 100.000 €. Neben Ersatzbeschaffung und Modernisierung spielen als Investitionsmotive auch Rationalisierung und Umweltschutz eine Rolle, weil damit dem Kostendruck aufgrund steigender Arbeits- und Energiekosten entgegengewirkt werden kann.

Gut vier von fünf Unternehmen haben auch ausländische Gäste. Etwas mehr Unternehmen erwarten einen Rückgang bei den ausländischen Gästen als einen Anstieg, aber im Wesentlichen gehen die Unternehmen von gleichbleibenden Gästezahlen aus dem Ausland aus.

Die Schwierigkeit Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen, führt dazu, dass die Unternehmen bestrebt sind, ihre Mitarbeiter zu halten. Gut drei von vier Unternehmen erwarten, dass ihnen das gelingt. Gleichzeitig geben 45 % der Unternehmen an, dass sie aktuell ihre offenen Stellen längerfristig nicht besetzen können.

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage hat sich weiter verschlechtert und für 2025 ist keine Besserung in Sicht. Bei Unternehmen wie Verbrauchern besteht eine große Unsicherheit welche politischen Weichenstellungen die kommende Bundesregierung vornehmen wird. Solange die Unsicherheit besteht, werden sich die Unternehmen mit Investitionen zurückhalten. Die privaten Haushalte werden weiterhin ein vorsichtiges Konsumverhalten an den Tag legen und größere Anschaffungen aufschieben.

Um aus der Stagnation herauszukommen, fordert die gewerbliche Wirtschaft:

- belastbare Antworten auf die Frage nach einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung
- keinen politikgetriebenen Anstieg der Arbeitskosten
- Entlastung der Unternehmen von bürokratischen Vorgaben

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de